



Wartburg-Kurier

Ostern 2019

Zum Geleit



Liebe Leserinnen und Leser,

wir feiern Ostern, das wichtigste Fest der Christenheit in Erinnerung an die Auferstehung Jesu Christi und den Sieg des Lebens über den Tod. Auch alte Frühlingsbräuche und Symbole wie Osterhasen und Ostereier stehen für das **wiedererwachte Leben**. Nicht von ungefähr fällt das Osterfest mit dem jüdischen Passahfest zusammen. Die Juden erinnern dabei an den Auszug ihres Volkes aus Ägypten. Es waren viele geworden, seit Jakob mit seinen Geschwistern und deren Familien dorthin gezogen war, viele, aber sie lebten in Knechtschaft. Gott sandte Mose, um sein Volk aus Ägypten zu führen. Die Ägypter wollten aber die Israeliten nicht ziehen lassen. So sandte der Herr zehn Plagen. Die letzte und grausamste war die Tötung aller Erstgeburt in Ägypten. Mose befahl seinen Landsleuten in jedem Haus ein junges Schaf oder eine Ziege zu schlachten und mit dem Blut die Türen zu bestreichen – als Zeichen

für die Racheengel des Herren vorüberzugehen. Vorübergehen, passieren, Passah – daran erinnert das jüdische Fest. Gefeiert wird die Befreiung aus der Gefangenschaft. So wie wir Ostern feiern in Erinnerung an die Befreiung vom irdischen Tod. Jesus setzte sich am ersten Abend des Festes in Jerusalem mit seinen Jüngern zum Mahl. Sie waren gottgläubige Juden. Man verspeiste nach den Vorschriften das Lamm und nahm ungesäuertes Brot und Wein dazu. So entstand unser Abendmahl, in dessen Zentrum das Lamm Gottes, Christus, steht.



Frühlingsbrauch: geschmückter Osterbrunnen

Wir feiern Ostern im Jahr 2019. Es ist ein großes Wahljahr. Kommunalwahlen, Europawahl und gegen Ende des Jahres Landtagswahl. Seit fünfundzwanzig Jahren kommt es in Thüringen alle fünf Jahre zu einer solchen Häufung. Sie macht uns deutlich, dass wir unser irdisches Schicksal selbst in der Hand haben, nicht nur in Wahljahren. Wir sind frei, und jedes Jahr an Ostern werden wir daran erinnert, dass wir diese äußere Freiheit gestalten

können, weil unser Glaube uns dazu die innere Freiheit gibt, die Freiheit von Ängsten und Zweifeln und das Vertrauen in göttliche Führung.

In diesem Heft spielen Wahlen eine besondere Rolle. Der Evangelische Arbeitskreis hat einen neuen Landesvorstand gewählt. Im Anschluss an die Wahlversammlung am 21. März haben wir ein öffentliches Forum veranstaltet: „Europa 2019 – Wohin trägt uns der Stier?“ Einige Beiträge sind hier dokumentiert. Eine Studie aus dem Institut des Freiburger Wirtschaftswissenschaftlers Bernd Raffelhüschen über die mittelfristige Entwicklung der Zahl der Kirchenmitglieder und das zu erwartende Kirchensteueraufkommen verbreitet derzeit Unruhe in den kirchlichen Strukturen beider Konfessionen. Mit der Initiative des Thüringer Ministerpräsidenten, an die Stelle der Kirchensteuer eine „Kultursteuer für alle“ zu setzen, ist wieder einmal die Debatte um die Kirchensteuer angefacht worden. Welchen Sinn das macht, beleuchtet ein Beitrag.

Freuen Sie sich auf ein dem Osterfest angemessenes buntes Heft. Ich wünsche Ihnen spannende Lektüre. Die Autoren und ich selbst würden uns auf ein Feedback freuen.

Ihr
Prof. Dr. Jens Goebel

Inhalt dieser Ausgabe:

Betrachtungen zu Ostern 2019	2	Impressum und Kontakt	11
Neuwahl des EAK-Landesvorstands	3	<u>Meinung: Warum Christen zur Wahl gehen sollten</u>	12
<u>Diskussionsveranstaltung: Europa 2019 – Wohin</u>			
trägt uns der Stier?	4	<u>Europa 2019 – Wohin trägt uns der Stier? – Redebeiträge</u>	
Treffen der EAK-Landesvorstände mit der Landesbischöfin	5	<u>zur Podiumsdiskussion:</u>	
<u>Reihe: „Der Landesvorstand stellt sich vor“</u>	6	von Ministerin a.D Marion Walsmann	13
<u>Debatte: Steuererhöhung</u>	7	von Prof. Dr. Hermann-Josef Blanke	14
Bedeutung von Religion für den gesellsch. Zusammenhalt	8	von Oliver Dreute	21

Betrachtungen zu Ostern 2019

von E.F. Johannes Haak, Superintendent des Kirchenkreises Hildburghausen-Eisfeld

**„Der HERR ist auferstanden.“ –
„ER ist wahrhaftig auferstan-
den.“**

(aus dem Lukasevangelium)

Mit diesem triumphierenden Ruf grüßen sich Christen seit fast 2000 Jahren zu Ostern. In vielen Sprachen. Um den ganzen Globus. Der HERR ist auferstanden: das Unglaubliche ist geschehen. Das ist die Kernaussage des christlichen Glaubens, Grund der Hoffnung, Quelle der Zuversicht. Und – wie ich meine – der Beginn der eigenen Auferstehung. Aber langsam. Wir blicken zu den Frauen, die unterwegs sind. Zum Grab.



Was mag den beiden Frauen am Ostermorgen durch den Kopf gegangen sein, als sie an das Grab ihres Herrn gingen. Sie wollten schauen, was von ihrer Hoffnung noch geblieben war. Nach seiner Kreuzigung. Was hatten sie denn zu erwarten? Menschen wissen aus eigenen Begegnungen und Erlebnissen, wie schwer Enttäuschungen wiegen. Wenn uns Menschen enttäuschen, von denen wir nichts erwarten, dann ist das nicht ganz so böse. Aber wenn wir von Menschen

enttäuscht werden, die uns nahe stehen, dann ist das besonders schlimm. Und so war es wohl auch bei den Frauen, die zum Grab gingen.

Sie erinnerten sich des Erlebten, was der Herr in den Jahren seines öffentlichen Wirkens alles getan hatte. Sie haben die Vermehrung von Fischen und Broten miterlebt. Sie haben seine gewaltigen Worte gehört. Und als er vom Reich Gottes sprach. Ja – das Reich Gottes, das Königreich Gottes. Es steht für all das, was das Leben glücklich und selig macht, damals und heute: Frieden in Europa. Und darüber hinaus auf Seinem ganzen Erdenrund. Und Frieden im Kleinen. Mit den Nächsten. Ein Leben in Gesundheit und Glück, Frieden und Freiheit. Ohne Streit und Gewalt, ohne Hass und Neid. Reich Gottes heißt wohl, dass Gottes Wille alles beherrscht, dass seine Liebe alles umgreift.



Jesus predigt auf einem Berg (Paul Gustave Doré)

**Das ist die Hoffnung der Christen –
seit Ostern. Diese Hoffnung wider-
spricht Vielem, was wir erleben**

von dieser Welt und auf dieser Welt. Das geht zumindest über meine Vorstellungskraft hinaus. Wir erleben zu viel Leid und Kriegsgeschrei, neue nationalistische Tendenzen, Gewalt gegenüber Schwachen und Andersdenkenden. Eine Unkultur des unsäglichen Streites. Und eben auch Verfolgung von Christen. Gott sei's geklagt: HERR erbarme dich.

Das alles war damals im Großen Römischen Reich nicht anders. Es gab keine wirkliche Freiheit, Gleichheit oder Solidarität. Bürgerliche Rechte gab es für die Bürger Roms. Sonst herrschte eine Ellenbogengesellschaft. Die Reichen und Mächtigen herrschten und die Armen waren rechtlos. Der Herr Christus hatte sich Allen, ohne Ausnahme, zugewandt. Er hatte eine Ehebrecherin vor der Steinigung bewahrt und den Zöllner zum Glauben bekehrt. Das hatte Erwartungen geweckt. Erwartungen zum und für das Leben. Der Herr Christus als der Lebensschenkende und Befreiende. Was für eine Kraft. Die Menschen ließen sich begeistern. Doch dann die Kreuzigung. Ein Erdbeben. Hoffnungen wurden zunichte gemacht. Und der Engel ruft den beiden Frauen (interessant, dass die Bibel hier wirklich Frauen nennt) am Grab zu: „Was sucht ihr den Lebenden bei den Toten? Er ist nicht hier, er ist auferstanden.“ (Lukas 24,5f.) Das ist das Ende der Verzweiflung und der Einsamkeit.

Der Abschied von der Trauer und der Beginn einer neuen Hoffnung. Der Hoffnung auf unsere eigene Auferstehung. Ostern ist die Grundlage unseres Glaubens. Ostern schenkt Hoffnung und das ewige Leben, das denen verheißen ist, die an den auferstandenen HERRN Christus glauben. Möge diese Zuver-



sicht, diese Freude uns beherrschen. Die Freude über die Auferstehung kann und soll unser eigenes Leben verwandeln. Und Menschen zu Freudenboten Christi auf Erden machen. Das ist Auftrag als Christenmensch: eigene Hoffnung und Freude weiterzugeben.

Dann haben wir Ostern verstanden. Dann sind wir Zeugen von Ostern und der Auferstehung. Dann wird Ostern für uns zum Grund des Lebens und der Hoffnung.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen ein gesegnetes und frohes Osterfest 2019

Der HERR ist auferstanden....

Wir über uns – Der Evangelische Arbeitskreis in Thüringen

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU ist ein Zusammenschluss evangelischer Christen in den Unionsparteien, der das Ziel verfolgt, protestantisches Denken und protestantische Überzeugungen in die politische Arbeit der Union einzubringen und evangelische Christen zum politischen Engagement zu ermutigen. Er wurde 1952 vom damaligen Bundestagspräsidenten Dr. Hermann Ehlers gegründet. Ehlers Anliegen war es, das Profil der Union als überkonfessioneller, auf christlichem Fundament stehender politischer Kraft in Deutschland zu schärfen und die evangelische Stimme in der Partei zu einen und zu stärken. Dieser ökumenische Ansatz stand auch an der Wiege des Thüringer Landesverbandes, der 1991 unter dem Motto „Die provozierende Kraft des C“ in der Reformationsstadt Schmalkalden aus der Taufe gehoben wurde.



**Evangelischer Arbeitskreis
der CDU Thüringen**

**Brücken
bauen
zwischen
Kirche
und
Politik**

Landesmitgliederversammlung wählt neuen EAK-Landesvorstand

Am Donnerstag, dem 21. März wählte die Mitgliederversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Thüringen ihren Vorstand neu. Es gab kaum personelle Veränderungen. Der Vorsitzende Prof. Dr. Jens Goebel und die beiden Stellvertreter Hildigund Neubert und Volker Heerdegen wurden in ihren Ämtern bestätigt. Dr. Gunnar Wolf schied nach mehr als zwanzigjähriger Mitgliedschaft als Beisitzer aus dem Vorstand aus. Neu hinzugekommen ist Dr. Thomas Knoll, der sich in dieser Ausgabe vorstellt.

Nach der Satzung der CDU gehören dem Evangelischen Arbeitskreis als „Sonderorganisation“ in der Union alle evangelischen Parteimitglieder an. Wären alle gekommen, hätte sie der Bernhard-Vogel-Saal im Thüringer Landtag nicht fassen können. Für die kleine Schar, die sich dann tatsächlich versammelte, war der Raum fast schon wieder zu groß.

Pfarrer Martin Möslin, Altenheimseelsorger im Kirchenkreis Erfurt, gestaltete die Andacht am Beginn der Wahlveranstaltung mit einem Satz aus dem Evangelium nach Lukas. Er nahm Bezug auf die anschließende Podiumsdiskussion unter der Überschrift. „**Europa 2019 – Wohin trägt uns der Stier?**“. Der Stier ist traditionell dem Evangelisten Lukas zugeordnet.

Nach einer knappen Stunde war Rechenschaft gelegt, der scheidende Vorstand entlastet und die neuen Vorstandsmitglieder sowie die Delegierten für die Bundestagung des EAK am 19. Juni 2019 in Dortmund gewählt. Der Vorstand konnte sich den praktischen Fragen seiner Arbeit zuwenden.

Der neue Landesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises in Thüringen

Vorsitzender: Prof. Dr. Jens Goebel (Schmalkalden)

Stellvertreter: Hildigund Neubert (Limlingerode), Volker Heerdegen (Apolda)

Beisitzer: Dr. Detlef Baer (Erfurt), Tillmann Bauer (Erfurt), Dr. Ulrich Born (Ilmenau), Dr. Karl-Eckhard Hahn (Stotternheim), Hans-Steffen Herbst (Königsee), Gudrun Holbe (Artern), Jörg Kellner (Zimmernsupra), Christian Klein (Gera), Dr. Thomas Knoll (Erfurt) und Johannes Selle (Sondershausen)

Diskussionsveranstaltung: Europa 2019 – Wohin trägt uns der Stier?

Der griechische Göttervater Zeus entführte die wunderschöne phönizische Königstochter Europa in der Gestalt eines Stiers und brachte sie auf die Insel Kreta. Sie wird Namensgeberin des Kontinentes, auf dem wir leben.

Das antike Griechenland schenkte uns den Mythos Europa. Das moderne Griechenland befindet sich immer noch unter dem Europäischen Rettungsschirm. Ein Austritt Griechenlands aus der Europäischen Gemeinschaft steht heute wohl nicht mehr auf der Tagesordnung. Der allgemeine Wirtschaftsaufschwung und eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik der EU haben Europa vorerst erfolgreich aus der Krise geführt. Die EU von morgen muss eine Stabilitäts-Union und darf keine Schulden- und Umverteilungsunion sein.

Europa kann sich nicht abschotten, Europa ist auf das Miteinander mit seinen Partnern angewiesen. Europa hilft Menschen in existenzieller Not. Zuwanderung nach Europa braucht verlässliche Regeln und Instrumente diese Regeln einzuhalten.

Die Europäische Union kann nur erfolgreich sein, wenn sie eine solidarische Gemeinschaft wird, in der die Le-

bensinteressen aller Mitglieder gewahrt werden. Das moderne Europa braucht den Geist des Miteinanders, nicht den des Gegeneinanders. Das gelingt, wenn die Menschen in den Mitgliedsstaaten der EU spüren, dass die Gemeinschaft für jeden Einzelnen einen Mehrwert bedeutet. Dies muss künftige europäische Politik erklären und erlebbar machen.

Es diskutierten:

Prof. Dr. Hermann-Josef Blanke, Professor für Öffentliches Recht, Völkerrecht und Europäische Integration an der Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Erfurt,

Oliver Dreute, Berater im European Political Strategy Centre der Europäischen Kommission, Brüssel und

Marion Walsmann, Spitzenkandidatin

der Thüringer CDU für die Europa-Wahl.

Moderiert wurde der Abend von Hans-Georg Roth, Rhetorik-Coach und Ministerialrat a.D.

Die Redebeiträge von Marion Walsmann, Prof. Dr. Hermann-Josef Blanke und Oliver Dreute wurden dem Wartburg-Kurier dankenswerterweise zur Verfügung gestellt und werden am Ende dieser Ausgabe vollständig abgedruckt.



Bild links: Prof. Dr. Jens Goebel begrüßt als Landesvorsitzender des EAK; Bild Mitte (v.l.n.r.): Prof. Dr. Hermann-Josef Blanke, Marion Walsmann, Hans-Georg Roth und Oliver Dreute; Bild rechts: Das Podium

Treffen der EAK-Landesvorstände Sachsen-Anhalts und Thüringens mit Landesbischöfin Junkermann

Gespräch über grundsätzliche und aktuelle Fragen im Themenfeld von Politik und Kirchen

Jürgen Scharf, Landesvorsitzender des EAK Sachsen-Anhalt

Am Montag, dem 3. Dezember 2018 hatte Landesbischöfin Ilse Junkermann die Landesvorstände der Evangelischen Arbeitskreise (EAK) der CDU aus Sachsen-Anhalt und Thüringen zum sechsten Gespräch in das Augustinerkloster Erfurt eingeladen.

Schwerpunkte waren Informationen aus der Landeskirche und den Arbeitskreisen, das Thema Organspende, Missbrauch und seine Aufarbeitung in den Kirchen der EKD, sowie Identität und Integration als Herausforderungen für Staat und Kirche.

Landesbischöfin Junkermann berichtete über wichtige Entwicklungen in der Landeskirche. Die Stellenplanung und eine Personalentwicklung, die den Bedürfnissen der Gemeinden vor Ort möglichst gut entspricht, sind eine ständige Aufgabe. Es muss die Arbeit in Regionen entwickelt werden. Dieses ist praktisch „Netzwerkarbeit“. In „Erprobungsräumen“ wird ausprobiert, was gut geht und was verallgemeinert werden soll. Erfreulich ist, dass in diesem Jahr 20 Personen ihr Examen in der theologischen Ausbildung bestanden haben. Erfahrungen aus der Reformationsdekade sollen in einem Programm „2017+“ umgesetzt werden. Dazu gehört u.a. das sehr gut angenommene KonfiCamp in Wittenberg.

Der Thüringer Landesvorsitzende, Prof. Dr. Jens Goebel, verwies da-

rauf, dass der Glaube in seiner praktischen Umsetzung immer politische Wirkungen habe. Darum kümmere sich auch der EAK. Der Landesvorsitzende aus Sachsen-Anhalt, Jürgen Scharf, ergänzte, dass damit der EAK sowohl eine „innere“ Aufgabe für die CDU erfülle, als auch als „Think Tank“ Anregungen der CDU für die ganze Gesellschaft erarbeite. Jüngstes Bei-



spiel ist eine sehr beachtete Stellungnahme zur Frage der Widerspruch- oder Zustimmungslösung bei einer Organspende.

Die Frage, wie die Organspende in Deutschland am besten organisiert werden soll, und welche ethischen Regelungen zu beachten und welche Strukturen des Transplantationswesens zu schaffen sind, beschäftigt derzeit weite Teile der Gesellschaft. Gleichzeitig ist es aber so, dass zu viele Menschen ihren diesbezüglichen Willen nicht dokumentieren. „Widerspruchslösung oder Zustimmungslösung“, das ist die verkürzte Fragestellung. Landesbischöfin Ilse Junkermann lehnt eine Widerspruchslösung bei der

Organspende ab. Sie bezeichnet diese als einen „schweren Eingriff in die persönliche Integrität“. Sie ist auch Botschafterin für den „anderen Organspende-Ausweis“, einer Kampagne der Evangelischen Frauen in Deutschland. Ihre Haltung ist in den Kirchen aber durchaus umstritten. Der 1. Vizepräsident der Landessynode, Steffen Herbst, verwies darauf, dass es zu diesem wichtigen

Thema bisher keine Stellungnahmen oder Entscheidungen der Landessynode gibt. Die Vertreter des EAK verwiesen auf eine Stellungnahme des EAK-Bundesvorstandes, die die Diskussion mitprägt. Er lehnt die Einführung einer Widerspruchslösung entschieden ab und plädiert stattdessen für die Beibehaltung der

aktuell gültigen (erweiterten) Entscheidungslösung, die man – um Missverständnisse zu verhindern – doch besser eine „Befragungslösung“ nennen sollte“. Alle Gesprächsteilnehmer waren sich einig, dass es einer Gewissensschärfung bedarf.

Sexuelle Gewalt ist auch in den evangelischen Kirchen und ihren Einrichtungen passiert. Die EAK-Synode hat sich eindeutig zur Aufarbeitung dieser Vorgänge bekannt. Auch die EKM stellt sich diesem Thema und hätte dieses wohl auch schon eher tun sollen, wie Landesbischöfin Junkermann erklärte. Die EKM ist sehr aufmerksam, weil sie weiß, dass die Arbeit mit Kindern

und Jugendlichen eines besonderen Vertrauens bedarf. Die EKM betreibt aktive Prävention.

Prof Goebel berichtete über eine sehr aufschlussreiche EAK-Tagung „Identität und Integration - Eine Herausforderung für die christlichen Kirchen“, die am 9. Oktober 2018 in Erfurt stattfand. Geistliches und weltliches Regiment waren in Europa über Jahrhunderte aufeinander bezogen, haben sich aneinander abgearbeitet und ihre Sphären abgegrenzt. Der Islam war daran nicht beteiligt. Vor allem über ihn kommt das Verhältnis von Religion, Staat und Politik nun neu auf die Tagesordnung. Der Verweis auf den säkularen Staat ist in diesem Zusammenhang zwingend notwendig, aber keineswegs hinlänglich. Identität und Integration sind eine

Herausforderung für Staat und Gesellschaft. Sie sind es nicht minder für die christlichen Kirchen. Bischöfin Junkermann verwies darauf, dass sich die Kirchen diesen Diskussionen mit Offenheit und Entschiedenheit stellen müssen. Dass die Kirchen nicht uns gehören, sondern dem Herrn, sollte u.a. mit der Initiative „Offene Kirchen“ deutlich werden.

Es war das voraussichtlich letzte Gespräch, das Landesbischöfin Junkermann in dieser Funktion mit den Evangelischen Arbeitskreisen geführt hat. Die Vorsitzenden dankten der Landesbischöfin für viele gute Begegnungen und wünschten ihr Gottes Segen auf ihrem weiteren beruflichen und persönlichen Lebensweg.

Teilnehmer des Gesprächs

EKM:

Landesbischöfin Ilse Junkermann, OKR Christhard Wagner, OKR Albrecht Steinhäuser

EAK Thüringen:

Tillmann Bauer, Dr. Detlef Baer, Dr. Ulrich Born, Prof. Dr. Jens Goebel, Hildigund Neubert, Gudrun Holbe MdL, Volker Heerdegen, Hans-Steffen Herbst

EAK Sachsen-Anhalt:

Ministerin Anne-Marie Keding, Prof. Dr. Wolfgang Merbach, Jürgen Scharf

Das Gespräch fand im Augustinerkloster Erfurt statt.

Reihe: „Der Landesvorstand stellt sich vor“

Dr. Thomas Knoll, Mitglied im Landesvorstand des EAK Thüringen



Name

Thomas Knoll

Wohnort

Erfurt

Alter

49

Beruf

Beamter im Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft

In welcher Kirchengemeinde sind Sie beheimatet?

In der Evangelischen Reglergemeinde Erfurt. Dort bin ich auch

stellvertretender Vorsitzender des Gemeindekirchenrates.

Sie engagieren sich ehrenamtlich im Landesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen. Was hat Sie dazu bewogen?

Als politisch und kirchlich engagierter Mensch passe ich wohl genau in die Zielgruppe des EAK, der evangelische Überzeugungen in die Unionsparteien einbringen und dazu Menschen gewinnen will, die in Kirche und Politik gleichermaßen zu Hause sind. Wir haben als evangelische Christen viel in Politik und Gesellschaft einzubringen. Ich danke dabei an unser Handeln aus dem christlichen Menschenbild heraus, aber auch an die Standhaftigkeit eines Martin Luther, der vor dem Reichstag in Worms seine Erkenntnis und Lehre eben nicht widerrufen hat. Leider erleben wir heute – und das in einer freien Gesellschaft (!) – sehr oft das Gegenteil:

Wenn sich der Wind dreht, drehen viele ihre Meinung und ihr Verhalten. Ich bin davon überzeugt, dass authentisches Handeln auf fester Wertebasis ein Mittel gegen Politikverdrossenheit ist.

Haben Sie einen Lieblingspsalm? Wenn ja, welcher und weshalb dieser?

Ich finde im Psalter viele Worte, die mich ermutigen und dankbar sein lassen. Deshalb nenne ich gleich mehrere „Lieblingspsalme“: Psalm 23 „Der Herr ist mein Hirte“, das Wort aus Psalm 37,5 „Befiehl dem Herrn deine Wege und hoffe auf ihn, er wird's wohlmachen“, mein Konfirmationsspruch aus Psalm 86,11 „Weise mir, Herr, deinen Weg, dass ich wandle in deiner Wahrheit; erhalte mein Herz bei dem einen, dass ich deinen Namen fürchte“ und Psalm 103 „Das Hohelied der Barmherzigkeit“.

Welches Lied singen Sie im Gottesdienst besonders gerne?

Auch hier finde ich viele Lieder, die mir aus der Seele sprechen, wobei das auch zeitabhängig vom Kirchen-

jahr ist. Generell finde ich sehr schön die Lieder „Nun danket alle Gott“ (EG 321), „Befiehl du deine Wege“ (EG 361), „In dir ist Freude“ (EG 398), „Die güldne Sonne voll

Freud und Wonne“ (EG 449) und „Kommt, atmet auf, ihr sollt leben“ (EG 639).

Debatte: Steuererhöhung

Bodo Ramelow will Bürger mit neuer Kultursteuern zur Kasse bitten

von Mike Mohring, Landesvorsitzender der CDU Thüringen und Vorsitzender der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag



Mike Mohring

Gut 202 Millionen Euro Solidaritätszuschlag haben Thüringer Finanzämter 2017 bei den Bürgern im Land kassiert. Er soll jetzt schrittweise abgeschafft werden. Auf diese Steuerentlastung haben wir lange gewartet. Umso fassungsloser schauen viele Menschen daher auf den jüngsten Vorschlag des Thüringer Ministerpräsidenten Bodo Ramelow (LINKE). Bodo Ramelow würde gern eine neue Steuer einführen: eine Kultursteuern. Ausgerechnet jetzt. Geht es nach seinem Willen, soll sie die Kirchensteuer ersetzen. Der Haken daran: Die Kirchensteuer zahlen allein Kirchenmitglieder, und zwar nicht an den Staat, sondern an ihre Kirchen. Der Staat zieht sie lediglich ein und lässt sich den Verwaltungsaufwand bezahlen. Die Kultursteuern hingegen sollen nach Bodo Ramelows Vorstellung alle Bürger entrichten.

Berechnet werden soll die neue Bodo-Ramelow-Steuer wie der Soli, als Zuschlag zur Lohn- und Einkommensteuer. Zur Höhe bleibt der Ministerpräsident ungenau. Sie soll höher ausfallen als die italienische Kultursteuern, die bei der Idee Pate

steht, und niedriger als die Kirchensteuer, die als neunprozentiger Zuschlag einbehalten wird. Am Ende könnte man doch wieder bei der Höhe des Solidarzuschlags von gut fünf Prozent landen, also bei einer Steuererhöhung von rund 200 Millionen Euro. Wäre sie gar so hoch wie die Kirchensteuer, käme die erkleckliche Summe von rund 330 Millionen Euro zusammen.

Nicht nur ich habe mich gefragt: Was soll das? Der eigentliche Anlass des Vorstoßes passt bestens zu Bodo Ramelow. Er sorgt sich, dass mit dem bisherigen Religionsverfassungsrecht, zu dem auch der

Mit der Zahlung der Kirchensteuer tragen grundsätzlich alle Gemeindeglieder zur Finanzierung der kirchlichen Aufgaben bei. In der Bundesrepublik Deutschland wird die Kirchensteuer von den Finanzämtern der jeweiligen Länder eingezogen, die dafür eine Aufwandsentschädigung einbehalten. Durch die Bindung der Kirchensteuer an das Einkommen erfolgt jedoch eine Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Kirchensteuer zahlt nur, wer Kirchenmitglied ist und auf Grund seiner Einkünfte Einkommens- bzw. Lohnsteuer zahlt. Die Kirchensteuer ist damit nach sozialer Lage gestaffelt und sorgt aus finanzieller Sicht für Gerechtigkeit unter den Kirchenmitgliedern. Die Kirchensteuer beträgt in Thüringen 9 Prozent der Einkommens- bzw. Lohnsteuer

staatliche Kirchensteuereinzug gehört, keine Moscheegemeinden finanziert werden können. Dabei hätten diese Religionsgemeinschaften das gleiche Recht wie die Kirchen, Steuern über den Staat einzuziehen zu lassen. Wenn sie sich

denn ordentlich verfassen, Mitgliederlisten führen und sie den Finanzämtern zur Verfügung stellen würden. Wollen sie aber nicht.

Bodo Ramelows Lösungsvorschlag ist abenteuerlich, um es zurückhaltend zu formulieren. Er hält die Muslime nicht etwa an, sich in dem vom Grundgesetz gesetzten Rahmen zu bewegen, sondern will diesen verfassungsrechtlichen Rahmen so ändern, dass er zu den Bedürfnissen der Muslime passt. Denn praktisch soll die Kultursteuern so funktionieren: Sie wird von jedem kassiert, und der Steuerzahler darf entscheiden, wem sie zugutekommen soll: den Kirchen, den Moscheen, den Freidenkern oder diversen gemeinnützigen Einrichtungen.

Das bedeutet am Ende nichts anderes als den Einstieg in die staatliche Finanzierung von Kirchen und anderen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften. Der Preis dafür ist hoch: Zunächst für jeden Steuerzahler, der mit einer neuen Steuer beglückt wird. Dann für die Kirchen, deren Finanzierung durch ihre Mitglieder über die Kirchensteuer zerschlagen wird. Am Ende aber auch für unseren demokratischen Verfassungsstaat. Zu dessen Grundlagen gehört die Trennung von Staat und Kirchen. Wie man es auch dreht und wendet: Dieser Vorschlag ist gefährlicher Unfug.

Bedeutung von Religion für den gesellschaftlichen Zusammenhalt

Impulsreferat zum Seminar der Konrad-Adenauer-Stiftung „Wie christlich ist das christliche Abendland?“ vom 15. bis 17. März 2019 in Merseburg

von Prof. Dr. Jens Goebel, Kultusminister a.D. des Freistaats Thüringen und Landesvorsitzender des EAK Thüringen



Prof. Dr. Jens Goebel

Meine historischen, religionssoziologischen und philosophischen Kenntnisse sind vielleicht auf einem Niveau der Alltagstauglichkeit für Politiker und Mathematiker. Um Ex-Cathedra-Weisheiten zu verkünden, reichen sie nicht. Ich möchte deshalb mit wenigen Bemerkungen in das Thema einführen und drei Thesen formulieren, die mir wichtig erscheinen.

Apropos ‚Ex-Cathedra-Weisheiten‘. Die Wendung ‚ex cathedra‘ weist auf die Cathedra, auf den Bischofsstuhl gleich neben dem Altar hin, den wir in allen katholischen Bischofskirchen bis zum Petersdom in Rom finden, und damit auf den Ort, von dem aus letzte Wahrheiten verkündet werden. Seitdem das Erste Vatikanische Konzil die päpstliche Unfehlbarkeit zum Dogma erhoben hatte, gilt das in Glaubensfragen bis heute. Auch wenn Papst Franziskus jetzt gelegentlich verlautbart, er sei auch nur ein Mensch, der irrt.

Das Konzil trat 1870 zusammen, also, um in historischen Dimensionen zu sprechen, vor nicht allzu langer Zeit. Das Thema der Unfehlbarkeit begleitet alle Religionen zu allen Zeiten, nicht erst seit 1870. Religionsverkünder fühlen sich im Besitz der absoluten Wahrheit. Das gilt nicht nur für Päpste, das beanspruchten der Prophet Moham-

med, Luther, Zwingli, aber auch Marx und Mao für sich. Ja, auch die „wissenschaftliche Weltanschauung“ ist in diesem Sinne eine Religion, wenn auch eine ohne Gott. **Daraus leite ich meine erste These ab:**

Religion erhebt den Anspruch der Unfehlbarkeit.

Lessing schenkte uns nicht nur die Ringparabel, von ihm stammt auch der Satz: Religion ist auch Partei. Und den können wir fortsetzen mit einer Politik-Definition des großen britischen Staatsmanns Benjamin Disraeli: Partei ist organisierte Meinung. Zusammengenommen heißt das, jede Religion strebt nach Vormacht und organisiert dafür ihre Anhänger. Das macht das Miteinander unterschiedlicher Religionen schwierig. Blicken wir zunächst auf die heutige Gesellschaft in Europa:

Das Verhältnis zwischen Staat und Religion ist in den liberalen europäischen Demokratien sehr unterschiedlich ausgeprägt: Da gibt es sowohl Staatskirchenmodelle wie in England oder Dänemark, in denen eine offizielle Religion Privilegien genießt, als auch Trennungsregime wie den strikten Laizismus in Frankreich, in denen Religionsgemeinschaften als „Glaubensvereine“ der Privatsphäre zugeordnet sind. Zudem gibt es Kooperationssysteme wie in Deutschland, die sich in manchen Bereichen durch ein partnerschaftliches Verhältnis von Staat und Religionsgemeinschaften auszeichnen. Überall in Europa wird heute Religionsfreiheit verfassungsmäßig garantiert.

In Deutschland, das ist etwas Besonderes, dürfen Religionsgemeinschaften, die als Körperschaften öffentlichen Rechts anerkannt sind, eine Steuer erheben, die der Staat für sie einzieht. Der Religionsunterricht ist zudem das einzige grundgesetzlich verankerte Schulfach. Das ist schon eine besondere Privilegierung gegenüber Mathematik, Physik, Deutsch oder Fremdsprachen, die allesamt nicht verfassungsmäßig garantiert sind. Aber seien wir ehrlich. Gäbe es diese Vorschrift im Grundgesetz nicht, gäbe es schon bald auch keinen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen mehr. Bei der Erbringung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen räumt der deutsche Staat freien Trägern Vorrang vor öffentlichen ein, sodass ein Großteil des Angebots in der Kinderbetreuung, Jugendhilfe, Gesundheitsversorgung und Pflege von kirchlichen Trägern abgedeckt wird. Auch über den sozialen Bereich hinaus ist das deutsche Arrangement vor allem eines der Zusammenarbeit zwischen dem Staat und den beiden großen christlichen Kirchen.

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die religiöse Landschaft in Deutschland allerdings stark verändert: Der Anteil der Kirchenmitglieder unter den Bundesbürgern ist von über 96 Prozent in den 1950-er Jahren auf knapp 60 Prozent zurückgegangen, während die Zahl der Muslime konstant wächst. Gleiches gilt für die Gruppe der Konfessionslosen, die insbesondere in den letzten Jahren deutlich gewachsen ist. Mit der weltanschaulichen Pluralisierung nimmt auch der religionspolitische Handlungsdruck zu, eine gleichberechtigte Integration religiöser Minderhei-

ten und Bekenntnisloser in die bestehende Ordnung zu gewährleisten. Dies erfordert sowohl aufseiten des Staates als auch aufseiten der Religionsgemeinschaften Anpassungsleistungen – und eine hohe gesellschaftliche Konfliktbewältigungskompetenz.

Die Dominanz des Christentums in

und in manchen Ballungsräumen sind es kaum mehr zehn Prozent. Der beständige Rückgang der Zahl der Kirchenmitglieder wird auch in den kommenden Jahren unvermindert anhalten. Das prognostizieren jedenfalls die Soziologen.

Die weltweite Entwicklung ist eine andere. Da wächst die Zahl der

Gut vier Fünftel aller Menschen haben eine religiös basierte Weltanschauung. Daraus ergibt sich ganz klar: Bei fast allen Fragen des gesellschaftlichen Miteinanders spielt Religion eine wichtige Rolle. Jede Religion, ob groß oder klein, kommt mit einem Absolutheitsanspruch daher. Das macht das Miteinander von Menschen unterschiedlicher Religiosität schwierig. Andererseits ist bei den großen Weltreligionen eine gewisse religiöse Toleranz Bestandteil ihrer Lehre. Freilich wird diese sehr unterschiedlich gelebt. Die Menschheitsgeschichte ist voll von religiös motivierten Auseinandersetzungen, Kriegen und Vernichtungsfeldzügen. Das erleben wir heute jeden Tag.

Ein religiös erzeugter und denkender Mensch folgt der Einsicht: Was ich glaube, ist ein Fundament meines Lebens. Und ich möchte, dass das von den Menschen, mit denen ich zusammenlebe, respektiert wird.



KONRAD
ADENAUER
STIFTUNG

Wie christlich ist das christliche Abendland?

Seminar mit:

Anne-Marie Keding (Ministerin für Justiz und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt),
Prof. Dr. Jens Goebel (Kultusminister a.D. des Freistaates Thüringen),
Winfried Willems (Staatssekretär a.D. im Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt),
Prof. Dr. Michael Gabel (Universität Erfurt, Lehrstuhl für Fundamentaltheologie an der Katholisch-Theologischen Fakultät),
Albrecht Steinhäuser (Beauftragter der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung Sachsen-Anhalt),
Stephan Rether (Leiter des Katholischen Büros Sachsen-Anhalt),
Stephan Gerhard Stehli (Kirchenreferatsleiter, Ministerium für Bildung des Landes Sachsen-Anhalt),
Raoul Löbbert (Die Zeit, Christ & Welt)

Datum:
15. - 17. März 2019, 17.30 (15.03.) -
13.15 (17.03.) Uhr

Veranstaltungsort:
Best Western Hotel Halle-
Merseburg, Christianenstr. 25,
06217 Merseburg

www.kas.de

Deutschland ist, wenn man einfache soziologische Kennzahlen heranzieht, immer noch groß und sein Einfluss in der Gesellschaft durch die sozialen Dienste von Diakonie und Caritas überall spürbar.

Religiöse Praxis ist dagegen unter Christen nicht sehr verbreitet. Bei einer Umfrage wurde jüngst gefragt: Beten Sie regelmäßig? Nur etwa 10 Prozent der Befragten bejahten die Frage. Und wenn man weiß, dass der Anteil der muslimischen Bevölkerung in Deutschland bei etwa fünf Prozent liegt, und unter diesen die religiösen Praktiken noch viel stärker verbreitet sind, relativiert sich die Dominanz des Christentums bei der religiösen Praxis schon heute. Einen Blick in die Zukunft erlangen wir, wenn wir die Zahl der getauften Neugeborenen betrachten. Sie liegt heute schon deutlich unter 50 Prozent. In den ostdeutschen Bundesländern

Christen schneller als die Weltbevölkerung.

Deutlich mehr als 80 Prozent aller Menschen auf unserem Globus gehören einer organisierten Religion an. Unter ihnen findet sich ein beträchtlicher Anteil von Gottgläubigen oder religiösen Menschen im weiteren Sinn des Wortes. Das belegen Zahlen des amerikanischen PEW Research Centre's Forum on Religion & Public Life über die globale Religionszugehörigkeit. Ausgewertet wurden Umfragen und Erhebungen, darunter amtliche Volkszählungen mit dem Stand 2010. Von den 6,9 Milliarden Weltbewohnern sind 32 Prozent Christen, 23 Prozent Moslems, 15 Prozent Hindus, sieben Prozent Buddhisten, sechs Prozent Anhänger von Naturreligionen, 0,2 Prozent Juden und weitere 0,8 Prozent Anhänger kleinerer Religionen.

Solche Erwartungen werden selten erfüllt. Und eigentlich müsste es immer krachen, wenn Menschen unterschiedlichen religiösen Bekenntnisses zusammentreffen. Aber manchmal gelingt es über lange Zeit ein Miteinander zu erreichen. Ob wir heute in Deutschland und Europa ein längerfristiges oder gar dauerhaftes Miteinander von Menschen mit christlich tradierten europäischen Wurzeln und solchen, die aus den islamischen Staaten Nordafrikas, Asiens und der arabischen Welt zu uns gekommen sind, erreichen können, wird nicht zuletzt von der Dynamik des Zustroms bestimmt werden und davon wie wir die Zugewanderten am Leben in unserer Gesellschaft partizipieren lassen, ihnen Möglichkeiten zur Integration, zur Teilhabe und zum sozialen Aufstieg gewähren. Parallel dazu muss aber auch klar gemacht werden, dass diese Integrationsleistungen nicht zu Lasten der

sozial Schwächeren aus der angestammten Bevölkerung geht. Das christliche Prinzip der Nächstenliebe enthält das Gebot der Angemessenheit.

Es gibt eine ermunternde historische Erfahrung des gedeihlichen Miteinanders, wenn auch unter muslimischer Hegemonie: das 800-jährige Reich der Mauren und Sarazenen im Südteil der iberischen Halbinsel, das Reich von Al Andalus. Es entstand zu Beginn des achten Jahrhunderts im Zuge eines gewaltigen Expansionsdrangs des gerade erst aufgekommenen Islam. Nordafrikanische Berberstämme eroberten weite Teile Südspaniens und errichteten eine Herrschaft, die bis zum Beginn der Neuzeit andauerte. Ihr Ende fand sie nach der Belagerung von Granada durch die katholischen Könige Ferdinand und Isabella im Jahre 1492. Sie veränderte sich immer wieder territorial. Die Führung wechselte zwischen rivalisierenden Clans, aber im Inneren erhielt sich ein von Toleranz getragenes Miteinander muslimischer, christlicher und jüdischer Bevölkerungsteile. Das maurische Spanien befruchtete über Jahrhunderte Kunst und Wissenschaft in ganz Europa. Ursache hierfür war die von allen Bevölkerungsgruppen anerkannte Hegemonie des Islam.

Daher meine zweite These:

Religiöse Toleranz ist möglich, wenn die Machtverhältnisse zwischen den Religionen geklärt sind.

Es scheint mir fraglich, ob eine dauerhafte Toleranz möglich ist, wenn statt des Miteinanders ein Nebeneinander der unterschiedlichen Bevölkerungsteile gelebt wird. Eine nicht ausreichende Kommunikation ist erfahrungsgemäß meist Ursache für Konflikte.

Am letzten Sonntag begann nach dem christlichen Kalender die Passionszeit mit dem Sonntag ‚Invokavit‘ (Er ruft mich an). Das bedeutet sieben Wochen der Vorbereitung auf das Osterfest, auf Tod und Auferstehung Christi. Von Luther stammt das Zitat, für ihn sei jeden Tag Ostern, aber nur einmal im Jahr feiere er es. Ostern ist das bedeutendste christliche Fest. Nach unserem Glauben – so wie wir ihn heute verstehen – hat uns Christus durch seinen Tod und Auferstehung von unseren irdischen Fesseln befreit. Er hat uns damit die Kraft verliehen, das irdische Schicksal zu tragen und dabei geistig frei zu bleiben. Das ist es, was christlichen Glauben im Kern ausmacht.

Luther sagte über den Glauben: „Glaube ist eine lebendige, erwägende Zuversicht auf Gottes Gnade, so gewiss, dass er tausendmal darüber stürbe. Und solche Zuversicht und Erkenntnis göttlicher Gnade machet fröhlich, trotz und lustig gegen Gott und alle Kreaturen.“

Dieser Satz ist mir auch persönlich sehr wichtig. Ja, Glaube ist für den Gläubigen Gewissheit. Aus seinem Glauben schöpft er Kraft und Stärke. Das ist zunächst eine evangelische Sichtweise. Ich kann mir aber gut vorstellen, dass auch ein Katholik, ein Jude oder ein Moslem in solch einem Sinne Glaube als Gewissheit begreifen kann. Das wäre eine Basis des Miteinanders. Was jeder Einzelne glaubt, ist dabei allerdings höchst unterschiedlich. Gemeinsamkeiten sind da schnell aufgebraucht.

Es ist erst wenige Stunden her, am gestrigen Freitag (Anm. 15. März), da überfiel ein Bewaffneter eine Moschee in Christchurch in Neuseeland. Christchurch – der Name scheint Programm – ist eine Stadt mit 350.000 Einwohnern auf der Südinself Neuseelands. Augenzeu-

gen zufolge handelt es sich bei dem Täter um einen weißen Mann, der einen Helm und eine kugelsichere Weste trug. Mit seiner automatischen Waffe hatte er immer wieder in die Menschenmenge geschossen.

Die Lage war auch nach Stunden noch unklar. Ein Sprecher der örtlichen Polizei sprach in einer Video-Nachricht, die über die sozialen Netzwerke verbreitet wurde, von einer „sehr ernsten und tragischen Serie an Ereignissen“. Zugleich appellierte er an alle Muslime in Neuseeland, zuhause zu bleiben. „Unter keinen Umständen sollte irgendjemand im Land jetzt zu einer Moschee gehen.“ Da wurde offenbar eine Toleranzschwelle überschritten. Solche Ereignisse sind Ausdruck der Fragilität des religiösen Miteinanders. Der Anschlag in Christchurch war nicht der erste und wird nicht der letzte seiner Art sein. **Und damit komme ich zur dritten These:**

Religiöse Toleranz muss immer wieder neu eingeübt werden, wenn sie als Grundlage des Zusammenlebens taugen soll.

Es spielt kaum eine Rolle, ob und wie unsere europäische Tradition die Idee der allgemeinen Menschenrechte begründet. Aus der Idee eines Schöpfergottes, dem jedes von ihm geschaffene Wesen gleich wertvoll ist wurde die Überzeugung von der rechtlichen Gleichheit aller Menschen, das Wissen um die Verantwortung für ihr Handeln entwickelt. Mit der Aufklärung wurde diese Idee Grundlage einer humanistischen Weltanschauung. Sie hat sich im westlichen Kulturkreis verselbstständigt und bildet doch nur eine sehr dünne, leicht verletzliche Schutzschicht unserer Zivilisation, für deren beständige Erneuerung wir selbst zuständig sind.

Diese drei einfachen Gedanken oder Thesen bilden für mich die Grundlage, wenn ich über die Bedeutung von Religion für den gesellschaftlichen Zusammenhalt nachdenke.

Religion erhebt den Anspruch der Unfehlbarkeit.

Religiöse Toleranz ist möglich, wenn die Machtverhältnisse zwischen den Religionen geklärt sind.

Religiöse Toleranz muss immer wieder neu eingeübt werden, wenn sie als Grundlage des Zusammenlebens taugen soll.

Die erste macht deutlich, dass Religion per se eher abgrenzend als integrativ wirkt, die zweite sagt, dass die Frage der Hegemonie beantwortet sein muss, die dritte verweist darauf, dass Toleranz keine angeborene menschliche Verhaltensweise ist, sondern ein immer wieder neu zu

erwerbendes Kulturprodukt. Aus der letzten These ergibt sich unmittelbar eine Handlungsanweisung zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Wir müssen jeden Tag von neuem um gegenseitiges Verständnis, Respekt und ein offenes Miteinander werben und diese Prinzipien selbst vorleben. Wir müssen bereit sein voneinander zu lernen, um miteinander zu leben.

Europa- und Kommunal in Thüringen

Bei der **Europawahl** dürfen rund 1,75 Millionen Thüringer ihre Stimme abgeben. Thüringer ab 18 Jahren wählen am 26. Mai Volksvertreter für das Europäische Parlament. Bei den Wahlen zu den Kommunalparlamenten der Kreise und Gemeinden liegt das Mindestwahlalter in Thüringen bei 16 Jahren.

Etwa 30.000 Menschen aus dem EU-Ausland leben derzeit im Freistaat und dürfen an der Wahl teilnehmen. Nach Angaben des Statistischen Landesamtes müssen sie sich aber unter Umständen registrieren lassen.

Von den Wahlberechtigten in Thüringen sind 51,3 Prozent Frauen und 48,7 Prozent Männer.

45.000 junge Thüringer zwischen 18 und 20 Jahren dürfen zum ersten Mal an einer Europawahl teilnehmen.

Für die Europa-Wahl in Thüringen wurden laut Landeswahlleiterbüro 40 Parteien zugelassen.

Bei der **Kommunalwahl** werden in 664 Gemeinden Räte gewählt. 6.844 Sitze sind dabei zu vergeben und damit 1.712 weniger als noch im Jahr 2014. Grund sind zahlreiche freiwillige Gemeindezusammenschlüsse. Bei den Kreistagswahlen werden wie schon im Jahr 2014 wieder 1.022 Sitze vergeben.

Auch 40 Bürgermeister werden am 26. Mai in Thüringen gewählt – 20 davon hauptamtlich.

Die rund 2.700 Thüringer Wahllokale sind am 26. Mai von 8 bis 18 Uhr geöffnet.

Bis zu sechs Stimmzettel können für die Bürger in den Wahllokalen bereitliegen.

Evangelischer Arbeitskreis (EAK) der CDU Thüringen

Landesgeschäftsstelle
Friedrich-Ebert-Straße 63
99096 Erfurt

www.eak-thueringen.de

Mail: eak-thueringen1@online.de

Verantwortliche dieser Ausgabe

Prof. Dr. Jens Goebel

Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen
(Redaktion)

Dr. Detlef Baer

Mitglied im Landesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen
(Satz + Layout)

Autoren dieser Ausgabe

Prof. Dr. Hermann-Josef Blanke

Professor für Öffentliches Recht, Völkerrecht und Europäische Integration an der Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Erfurt

Oliver Dreute

Berater im European Political Strategy Centre der Europäischen Kommission, Brüssel, Erfurt

E.F. Johannes Haak

Superintendent des Kirchenkreises Hildburghausen-Eisfeld

Prof. Dr. Jens Goebel

Kultusminister a.D., Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen

Mike Mohring

Landesvorsitzender der CDU Thüringen und Vorsitzender der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag

Reyk Seela

Geschäftsführer der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU Thüringen

Jürgen Scharf

Landesvorsitzender des EAK Sachsen-Anhalt

Marion Walsmann

Ministerin a.D., Spitzenkandidatin der Thüringer CDU für die Europa-Wahl

Meinung: Warum Christen zur Wahl gehen sollten

Erst seit 29 Jahren gibt es in Thüringen freie Kommunalwahlen

von Reyk Seela, Geschäftsführer der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU Thüringen



Reyk Seela

Noch vor 30 Jahren waren in Thüringen, d. h. den drei thüringischen DDR-Verwaltungsbezirken Gera, Erfurt und Suhl freie Kommunalwahlen undenkbar und ein Traum. Die ersten freien Kommunalwahlen fanden in Thüringen und den anderen neuen Bundesländern am 6. Mai 1990, also vor 29 Jahren statt. Diese Erinnerung sowie eine deutlichere Aufwertung der Kommunalpolitik als auch des haupt- und ehrenamtlichen Engagements der ungefähr 10.000 Kommunalpolitiker des Landes sollte auch stärker in das Bewusstsein von Christen gerückt werden. Gehörten doch vor allem Christen zu denjenigen, die unter dem Druck der SED-Diktatur einem besonders hohen Leidensdruck ausgesetzt waren. Umso wichtiger und richtiger ist es daher, dass sich heute auch zahlreiche Christen um ein ehrenamtliches Mandat zur Kommunalwahl am 26. Mai 2019 bewerben.

Gelebte freiheitliche kommunale Selbstverwaltung, wie wir sie in Thüringen seit mittlerweile 29 Jahren wahrnehmen dürfen, stellt eine der anspruchsvollsten politischen

Betätigungsfelder in unserem Gemeinwesen dar. Ohne den Einsatz der vielen ehren- und hauptamtlichen Kommunalpolitiker in unserem Land würde dieses Gemeinwesen nicht funktionieren. Vieles, was das tägliche Leben und insbesondere die Daseinsvorsorge vor Ort in den Kommunen betrifft, ob die Versorgung mit Strom und Wasser oder der Erhalt von Grünflächen, Kinderspielflächen, Bädern und Sportstätten oder der örtliche Nahverkehr und mehr, hat direkt mit Kommunalpolitik zu tun. Auf keiner Ebene des politischen Lebens ist der Kontakt zwischen Bürgern und politischen Akteuren so unmittelbar und die Möglichkeit zur direkten Mitgestaltung so groß wie in der Kommunalpolitik. Umso erfreulicher ist es daher, dass man all diese für den Bürger wichtigen Dinge seit mittlerweile 29 Jahren in freiheitlichen demokratischen Entscheidungsprozessen vor Ort regeln kann. Viele Christen, die sich zu einem großen Teil politisch in der CDU organisiert haben, bringen sich dabei als Gemeinderats-, Kreistags- oder Stadtratsmitglied sowie als Bürgermeister ein. Und das ist auch gut so.

Um das hohe Gut der kommunalen Selbstverwaltung zu erhalten, müssen allerdings die Leistungen und das Ansehen von Kommunalpolitik stärker in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt werden. Dabei sind nicht nur die Bundes- oder Landes-

politik gefragt, sondern auch jeder einzelne Christ. Die Errungenschaften der letzten 29 Jahre in diesem Politikbereich sollten Anspruch genug sein, auch künftig mehr junge Christen in unserem Land für ein ehrenamtliches Engagement im Gemeinderat, Stadtrat oder Kreistag sowie als Bürgermeister in einer Gemeinde zu begeistern. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist neben der Vorbildwirkung von Politikern allerdings auch eine interessierte Bürgerschaft, die angesichts der mitunter schlechten Wahlbeteiligung bei den letzten Kommunalwahlen von den Vorzügen der kommunalen Selbstbestimmung vor Ort informiert werden muss. Ein möglicher Ansatz zur Steigerung der Wahlbeteiligung könnte dabei die Forderung sein, einmal zu prüfen, ob in einer modernen Demokratie wie in Deutschland sichere elektronische Abstimmungs- und Wahlverfahren eingesetzt werden sollten, damit sich mehr Menschen an den demokratischen Prozessen beteiligen. **Christen in Thüringen werden derartige Hilfestellungen nicht benötigen, da deren Wahlbeteiligung zur Kommunal- und Europawahl am 26. Mai 2019 hoffentlich eine sehr hohe sein wird.**



Die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU Thüringen (KPV) vertritt die Interessen der rund 3.000 Amts- und Mandatsträger der Union in Thüringen.



EAK Thüringen auch im Internet:

www.eak-thueringen.de

Europäische Union zurück zu den Wurzeln: Werteunion, Friedensunion, Wirtschaftsunion

Impulsvortrag zur Podiumsdiskussion von Ministerin a.D. Marion Walsmann



„Das heutige Europa ist eine Koalition von Demokratien, die auf Freiheit begründet sind. Das ist unsere Bastion, unser Grundverständnis, unsere Basis“. Diese Worte von Alcide de Gasperi, einem der Gründerväter Europas und der Christdemokratie, sind heute aktueller denn je. Jahre der Unsicherheit um den Brexit und das

Erstarken von nationalistischen und populistischen Kräften - rechts wie links - stellen die Errungenschaften des europäischen Einigungsprojekts und seine Grundwerte in Frage. Gleichzeitig erfordern die Krisen und Konflikte in der Welt mehr denn je eine handlungsfähige EU, um die europäische Lebensweise mit Freiheit und Rechtsstaatlichkeit, den Frieden und nicht zuletzt den Wohlstand zu sichern.

Demokratie und Rechtsstaat geraten aber auch innerhalb der EU unter Druck – in Italien, in Ungarn und in so manchen MOE-Staaten. In der Migrationsfrage fehlt es innerhalb der EU-Mitgliedsländer an Solidarität. Dass die freiheitlich-demokratische Grundordnung und die europäische Integration Hand in Hand gehen, diese jahrzehntelange Gewissheit ist heute vorbei. Spätestens seit der Finanzkrise ist der frühere Dreiklang von Freiheit, Demokratie und Wohlstand in der EU mehr und mehr einer Disharmonie gewichen. Die Verträge von Maastricht, Nizza und Lissabon geben auf diese Erosionsprozesse keine überzeugenden Antworten.

Doch die Krise ist keine Krise Europas, sondern eine Krise der Nationalstaatlichkeit, die schon im 20. Jahrhundert überfordert war. Die EU braucht eine politische und geistig-kulturelle Erneuerung, die Rückbesinnung auf Europa als **Werteunion**, eine Aufgabe, die jeden etwas angeht.

Der erste deutsche Bundespräsident Theodor Heuss, ein evangelischer Liberaler, hat schon 1950 die wunderbare **Metapher** geprägt: *„Es gibt drei Hügel, von denen das Abendland seinen Ausgang genommen hat: Golgotha, die Akropolis in Athen und das Kapitol in Rom. Aus allen ist das Abendland geistig gewirkt, und*

man darf alle drei, man muss sie als Einheit sehen.“ Das sind die **drei Säulen der EU: das Christentum, die griechische und römische Antike**. Besinnen wir uns daher wieder auf unsere Wurzeln.

Wir haben mit der EU eine weltweit einzigartige Union mit gemeinsamen Institutionen und starken Werten errichtet, eine Gemeinschaft des Friedens, der Freiheit, der Demokratie, der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit, eine bedeutende Wirtschaftsmacht – mit 500 Millionen Menschen den stärksten Binnenmarkt der Welt mit einem beispiellos hohen Niveau an Sozialpolitik und Wohlfahrt. Setzen wir das heute nicht leichtfertig aufs Spiel. EU-Gelder sollten künftig nur noch vergeben werden, wenn rechtsstaatliche Prinzipien eingehalten werden.

Die Zeiten der Schönwetter-Union sind vorbei. Die Alternative heißt nicht Nation oder Europa, sondern Nation und Europa. Nur gemeinsam kann sich Europa in der globalisierten Welt behaupten. Selbst die EU ist mit ihren 500 Millionen Menschen weltpolitisch ein Zwerg. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war jeder vierte Bürger der Welt ein Europäer. Heute sind es nur noch sieben Prozent. Tendenz sinkend. Die Welt wächst, Asien, China. Wir schrumpfen.

Die EU soll sich auf Bereiche konzentrieren, bei denen sie einen Mehrwert schaffen kann (Sicherheit, Migration, Klimawandel). Die EU muss groß sein im Großen. Und klein im Kleinen. Konkret heißt dies: Statt Überbürokratisierung Konzentration auf das Wesentliche, Verschlankung, Regelungsdichte reduzieren, mehr Freiräume für die regionale Ebene, mehr Bürgernähe in der EU.

Diese Europawahl ist eine Schicksalswahl zwischen Europegegnern und Europaanhängern. Noch nie war eine Europawahl so bedeutsam. Es geht um den Fortbestand der EU. Populisten und Nationalisten dürfen keine Mehrheit im EP erhalten. Die Gefahr ist diesmal groß. Der Brexit ist ein Resultat des Populismus. Es gibt keine einfachen populistischen Antworten auf komplexe Fragen. Populisten gefährden mit ihren Verschwörungstheorien die EU. Die **AfD** will langfristig die EU, den Euro und das EP abschaffen. Ist es aber nicht paradox, für ein Parlament zu kandidieren, das man abschaffen will?

Wir brauchen eine Mehrheit für überzeugte Europäer, für Demokraten der politischen Mitte. Der EVP-Fraktionsvorsitzende Manfred Weber hat die Chance als erster deutscher Kommissionspräsident gewählt zu werden.

Vergessen wir bei allen aktuellen Debatten nicht: Die EU ist mit ihren 500 Millionen Menschen nicht nur der größte Binnenmarkt der Welt, nicht nur auf Wettbewerb und Freihandel fixiert. Sie ist vor allem eine **Wertegemeinschaft**. Sie steht für Demokratie, Menschenrechte, wirtschaftlichen Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und für Solidarität. Diese europäischen Werte sind in unseren Genen. Genau für diese Werte sind wir vor 30 Jahren auf die Straße gegangen. Um diese Werte geht es bei der Europawahl. Die EU hat 2002 den Friedensnobelpreis erhalten. Zu Recht! Sie hat unserem europäischen Kontinent die **bisher längste Friedenspe-**

riode der Geschichte (über 70 Jahre) beschert. Dies ist der größte Gewinn der EU! Die EU ist gerade mitten in der **schwierigsten Phase** seit Gründung. Sie wird von links und rechts attackiert wie nie zuvor. Die Antwort kann nur lauten: Mobilisieren wir die Bürger für eine **hohe Wahlbeteiligung** und überzeugen wir sie, **Demokraten** der politischen Mitte zu wählen, die für die Zukunft der EU überzeugende Konzepte haben. Thüringen braucht eine starke Stimme in der EU. Thüringen zählt zu den Gewinnern der EU.

„Die Einheit Europas war ein Traum von wenigen. Sie wurde eine Hoffnung für viele. Und sie ist heute eine Notwendigkeit für uns alle“ – Konrad Adenauers Traum von 1954 ist heute real.

* * *

Europa 2019 - Wohin trägt uns der Stier?

- Fünf Thesen zu den Herausforderungen der Europäischen Integration –

Impulsvortrag zur Podiumsdiskussion von Univ.-Prof. Dr. Hermann-Josef Blanke



Das „Parlamer“ 2018, ein Ausschnitt aus dem Eurobarometer, zeigte sieben Monate vor der Wahl zum Europäischen Parlament an, dass die EU bei den Unionsbürgerinnen und -bürgern immer beliebter wird und sich die Wahlberechtigten zunehmend der Tragweite ihrer Entscheidung bewusst sind. „Dieser begründete Optimismus, der sich in einer stillschweigenden Mehrheit äußert, kann“, so heißt es in der Analyse, „zum Mittelpunkt eines positiven europäischen Gedankens werden, der die Unionsbürger verbindet und gegen populistische Ideologien gerichtet ist.“ Die meisten Befragten in allen 28 Mitgliedstaaten sind zudem der Ansicht, „dass die Mitgliedschaft in der EU für ihr Land von Vorteil ist“. Der entsprechende Wert nahm seit der letzten Umfrage im April 2018 um vier Prozentpunkte zu und beläuft sich nun auf 68 %, das höchste gemessene Ergebnis seit 1983. Auf die Frage, warum die Mitgliedschaft in der EU vorteilhaft für ihr Land ist, wurden vor allem „Wirtschaftsfaktoren und die sicheren Beziehungen zu anderen Mitgliedstaaten“ genannt.

Es bleibt zu hoffen, dass diese positive Grundstimmung nicht durch die soeben verabschiedete Richtlinie über das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt gerade bei der Wahlentscheidung junger Menschen kippt. Artikel 17 dieser Richtlinie enthält Regelungen über die „Nutzung geschützter Inhalte durch Diensteanbieter für das Teilen von Online-Inhalten“. Diese Bestimmung hat in den letzten Monaten unter dem Stichwort „Uploadfilter“ auch in Deutschland zu einer emotionalen Debatte über den ungehinderten Zugang zu Inhalten des Internet geführt.

Im Folgenden sollen fünf Thesen vorgestellt werden, die aus der Sicht des Verfassers für die Fortentwicklung des europäischen Projekts und damit die Zukunftsfähigkeit der Union entscheidend sind. Neu sind die damit verbundenen Forderungen nicht. Doch infolge einer ganzen Kette von Krisen wirkt die Gemeinschaft seit fast einem Jahrzehnt wie gelähmt – in den letzten Jahren nicht zuletzt wegen des fehlenden Gemeinsinns in politischen Schicksalsfragen wie etwa einer Gemeinsamen Europäischen Asylpolitik. Immerhin hat es die Union geschafft, im Rahmen der Verhandlungen über das Austrittsabkommen mit dem Vereinigten Königreich politisch zusammenzustehen und sich ökonomisch nicht auseinanderdividieren zu lassen.

1. Supranationalität stärken

In einem Interview in „Die Welt am Sonntag“ vom 10. März 2019 hat die Vorsitzende der CDU, A. Kramp-Karrenbauer, die Ansicht vertreten: „Unser Europa sollte daher auf zwei *gleichberechtigten* Säulen der intergouvernementalen Methode und der Gemeinschaftsmethode stehen.“ Am 2. November 2010, also in einem frühen Stadium der Krisenserie, hatte Bundeskanzlerin A. Merkel vor dem Europakolleg in Brüssel in Übereinstimmung mit dem damaligen Ratspräsidenten H. van Rompuy in anderer Gewichtung der beiden Integrationsmethoden noch erklärt: „[...] ich finde einen koordinierten europäischen Standpunkt nicht nur, indem ich die Gemeinschaftsmethode anwende, sondern ich finde einen gemeinsamen europäischen Standpunkt manchmal auch, indem ich die intergouvernementale Methode anwende. Wichtig ist, dass wir in wichtigen Fragen gemeinsame Standpunkte haben.“ Die Anhänger der zwischenstaatlichen Methode einerseits („Intergouvernementalisten“) und die „Wahrer und Bewahrer der Gemeinschaftsmethode“ wollte sie nicht gegeneinander ausgespielt sehen. „Denn nur gemeinsam können wir das Europa der Bürger bilden.“

Die Gemeinschaftsmethode als supranationale Variante der Entscheidungsfindung im (Minister-)Rat der Europäischen Union erleichtert die Entscheidungsfindung und stärkt somit die Handlungsfähigkeit der Union. So viel Supranationalität wie möglich, so wenig Intergouvernementalität wie nötig bedeutet, dass das Prinzip der Einstimmigkeit bei Abstimmungen im (Minister-)Rat der Europäischen Union seit dem Vertrag von Lissabon weitgehend überwunden ist und hier stattdessen das Prinzip der qualifizierten Mehrheit gilt. Dies bedeutet, dass 55 % der Mitgliedstaaten einem Vorschlag der Kommission oder des Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zustimmen (in der Praxis bedeutet dies 15 von 27) *und* diese unterstützenden Mitgliedstaaten zusammen mindestens 65 % der Bevölkerung der Union ausmachen müssen. Eine (in der Praxis schwer erreichbare) Sperrminorität muss von mindestens vier Ratsmitgliedern gebildet werden, die zusammen mehr als 35 % der EU-Bevölkerung vertreten.

Das Bekenntnis zur Supranationalität beinhaltet die Forderung, auch solche Politikbereiche, in denen die Union bisher nur über eine begrenzte Kompetenzausstattung verfügt und die daher noch nicht der Gemeinschaftsmethode folgen, mittelfristig dem supranationalen Verfahren zu unterwerfen. Dies gilt in besonderem Maße für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die gegenwärtig gemäß dem Unionsvertrag von Lissabon „vom Europäischen Rat und vom Rat“ im Regelfall „*einstimmig* festgelegt und durchgeführt wird“. Das politisch Machbare und das mittels einer Vertragsänderung europarechtlich Mögliche dürfen dabei freilich nicht aus dem Blick geraten.

Die außenpolitischen Divergenzen zwischen den Mitgliedstaaten der Union, wie sie zuletzt auch in der Frage der Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien sichtbar wurden, werden nicht von heute auf morgen weggezaubert werden können. Gewiss ist aber auch, dass die Europäische Union nicht als *global player* auftreten und außenpolitische Standpunkte – sogar in den Vereinten Nationen – in überzeugender Weise vertreten kann, solange es den Mitgliedstaaten nicht gelingt, gemeinsame außenpolitische Grundpositionen zu entwickeln. Das „Wegducken“ der EU Mitgliedstaaten während der Jahre des Syrienkrieges bildet hierfür den wohl stärksten Beleg. Die Berliner Koalitionäre haben sich im Koalitionsvertrag wortreich auf „eine kraftvolle gemeinsame Außen-, Sicherheits-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik [verständigt], die weit intensiver als bisher mit einer Stimme spricht und mit gut ausgestatteten und aufeinander abgestimmten zivilen und militärischen Instrumenten arbeitet.“ Hieran muss die deutsche Bundesregierung zusammen mit den Partnerländern – auch in der NATO – täglich arbeiten.

Man „macht Europa nicht richtig“, wenn man A. Kramp-Karrenbauer folgt und das zwischenstaatliche Entscheidungsverfahren innerhalb der Union als gleichberechtigtes Verfahren anerkennt, zugleich aber fordert, dass die „EU künftig mit einem gemeinsamen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen vertreten sein [sollte].“ Einmal davon abgesehen, dass letzteres eine einstweilen nicht durchsetzbare grundlegende Reform der Charta der Vereinten Nationen voraussetzen würde, sind solche Vorschläge aus der Sicht des internationalen Rechts miteinander schlicht unvereinbar.

2. Nationale Identität maßvoll behaupten und europäische Identität kraftvoll entwickeln

a) Die Wahrung der Identität des Grundgesetzes

Der Begriff der nationalen Identität (Verfassungsidentität) ist in der Rechtsprechung verschiedener mitgliedstaatlicher Höchstgerichte in den letzten Jahren zu einem vieldiskutierten Topos herangereift. Treibende Kraft ist dabei die unionsbezogene Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Der dem nationalen Gesetzgeber vom Bundesverfassungsgericht erteilte Auftrag, im Rahmen der europäischen Integration die Verfassungsidentität des Grundgesetzes zu schützen, stellt sich als ein rein abwehrendes Konzept dar, das mithin nicht darauf angelegt ist, Integrationspielräume zu eröffnen. Diese politischen Entscheidungen überlässt der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts dem Bundesgesetzgeber, zieht ihm aber in Form der „Verfassungsidentität“ eine deutliche Grenze.

Nach der rechtsdogmatischen Ausbuchstabierung der grundgesetzlichen Ewigkeitsgarantie in Verbindung mit dem Demokratieprinzip begrenzt die Verfassungsidentität mithin die Reichweite der Beteiligung Deutschlands am Prozess der europäischen Integration. Dabei ist der Inhalt der Verfassungsidentität ungewiss. Seine Konkretisierung trägt zugleich dezisionistische Züge. Das Maß der Übertragung von Kompetenzen, Fragen der Souveränität von Staat oder Nation, aber auch nationale Werte und Grundrechte werden im Lichte der Verfassungsidentität diskutiert. Inzwischen ist unter der Vorhut des Bundesverfassungsgerichts die Verfassungsidentität in der Rechtsprechung anderer mitgliedstaatlicher Höchstgerichte zu einem Sammelbegriff für unterschiedliche Schutzkonzepte geworden. Stets geht es darum, bestimmte – oftmals aus einer Interpretation von Grundnormen der jeweiligen nationalen Verfassung gewonnene – Bereiche der „souveränen“ Entscheidung des nationalen Gesetzgebers der europäischen Integration sowie dem Grundsatz des Vorrangs des Unionsrechts vor dem gesamten Recht der Mitgliedstaaten zu entziehen.

Nach diesem Identitätskonzept ist auf die verfassungsrechtlichen Besonderheiten der Mitgliedstaaten Rücksicht zu nehmen. Angelegenheiten, die in den Kernbereich der staatlichen (identitätsbildenden) Souveränität fallen, dürfen der politischen Entscheidung zugunsten einer fortschreitenden Integration nicht unterworfen werden. Dies soll namentlich zum Schutz des grundgesetzlichen Demokratieprinzips gelten. Doch begibt sich das Gericht mit dem Gebrauch der „Großformel“ der Verfassungsidentität in ein gefährliches Fahrwasser. Denn es spielt bereits in der „Normallage“ einer fortschreitenden europäischen „Vergemeinschaftung“ von Politiken die letzten Trümpfe der Verfassung aus und muss doch wissen, dass es die Karte der Gefährdung von Staatsstrukturprinzipien und Staatszielen, namentlich der Demokratie, oder gar der Menschenwürde bei künftigen Verträgen zur Reform der Union auf Feldern, die sinnvoll nur auf europäischer Ebene geregelt werden können, nicht unbegrenzt ziehen kann.

b) Die politisch-kulturelle Identität der Mitgliedstaaten

Von diesem Konzept der Verfassungsidentität zu unterscheiden, ist die Wahrung der politisch-kulturellen Identität der Mitgliedstaaten, ein politisches Programm, das sich in rechtsstaatlich bedenklichen Aktionen der Regierungschefs Polens, Ungarns, Tschechiens, Sloweniens und Italiens namentlich im Bereich der Flüchtlingspolitik zu einem Kampfbegriff entwickelt hat. Indes ist zutreffend diagnostiziert worden: „Die Identität der Staaten ist unterschätzt worden“ (F. Fukuyama).

Die „Tiefenschichten des kollektiven Unbewussten“ ihrer Bürger (O. Depenheuer), auf denen der Nationalstaat gründet, muss die Europäische Union, die 1957/58 in Form einer internationalen Organisation ihren Lauf begonnen hat, sich erst noch erschließen. Es muss bei der weiteren Gestaltung der europäischen Integration stärker als bisher gelingen, rationale wie emotionale, regionale wie nationale, rechtliche wie ökonomische, bündische wie homogene Elemente der Staaten und Völker der Union als Basis künftiger Politik anzuerkennen und zum Ausgangspunkt des Wachstums gemeinschaftlicher Einheit zu machen. „Einheit in Vielfalt“ muss im konkreten Konfliktfall ausbuchstabiert werden, ohne dass die Basis der gemeinsamen Werte der Union erschüttert werden darf, wie dies in der Politik des ungarischen Ministerpräsidenten V. Orbán schon seit langem zu beobachten ist. Die Völker Europas und nicht die Brüsseler Organe, die Vitalität der nationalen Identitäten und nicht die Vermehrung der Mitgliedsländer bestimmen dann Tempo, Intensität und Grenze der Vereinigung Europas.

In diesem Kontext gewinnt auch der *politische* Grundsatz der Subsidiarität an Bedeutung – nämlich als Grundsatz der Kompetenzverteilung und nicht nur, wie in den Unionsverträgen seit 1993 normiert, als Grundsatz der *Ausübung* der auf die Union bereits jenseits ihrer ausschließlichen Befugnisse übertragenen Kompetenzen. Mit J. C. Juncker gesprochen, muss die Union „in kleinen Dingen klein und großen Dingen groß sein.“

c) Die Identität der Europäischen Union

Für die Europäische Union ist das Postulat, ein Wertegemeinschaftspostulat zu bilden, ein Eckpfeiler ihrer Identitätspolitik. Beschworen wird in politischen Erklärungen und rechtlichen Vereinbarungen (wie etwa im Koalitionsvertrag von 2018) „eine gemeinsame europäische Identität und der Zusammenhalt in einem freiheitlichen und demokratischen Europa“. Doch sind die universellen Werte einer liberalen Demokratie immer eng mit den spezifisch historisch-kulturellen Zusammenhängen des jeweiligen Mitgliedstaates verwoben. Daraus können sich Divergenzen zwischen den Mitgliedstaaten entwickeln. Auch wenn Europas Symbole täglich erfahren werden können, scheint die Sinnvermittlung (durch die symbolischen Repräsentationen) auch an der mangelnden Kommunikation der Unionsbürgerinnen und -bürger untereinander zu scheitern. Die Europäer können nicht in einer Sprache sprechen und werden dieses Kommunikationsdefizit wohl nur in dem Maße überwinden, in dem sie polyglott sind und – Absurdität des „Brexits“ – das Englische als *lingua franca* anerkennen. Denn nur sehr bedingt kann sich eine europäische Kommunikationsgemeinschaft aus den jeweiligen Muttersprachen heraus entwickeln.

Auf einer anderen Ebene finden die öffentlichen Akteure zu keiner kohärenten europäischen Symbolsprache. In den Krisen der Europäischen Union ist dies offenkundig geworden. So bleiben die in symbolischen Formen verschlüsselten Botschaften weitgehend codiert. Aus diesem Grund bleibt es fraglich, ob die derzeitige europäische Kollektivsymbolik – etwa in Form des „Europatages“ oder der „Europahymne“ – zur Stärkung einer europäischen Identität beitragen kann (A. Zimmermann).

3. Die Wirtschafts- und Währungsunion ausbauen

Zu den „großen Dingen“ gehören aus J.-C. Junckers Sicht die Einrichtung einer Europäischen Verteidigungsunion, aber auch eine umfassende Reform der Eurozone.

Für die Fortentwicklung der Union, insbesondere der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) als Teil einer politischen Union, dürfte entscheidend sein, inwieweit es gelingt, die nationale Identität als etwas zu begreifen, das durch die Union nicht bloß gefährdet und umgebaut, sondern über die Verpflichtung der Union, die nationale Identität zu achten, auch gewahrt und geschützt wird. Die Vorschläge zur Weiterentwicklung der WWU, allen voran ihrer Ausdehnung auf die noch außerhalb der Eurozone stehenden Mitgliedstaaten, scheinen der Devise „jetzt erst recht“ zu folgen und darauf abzielen, die Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz Europas zu stärken. Inwieweit sie den Interessen der Unionsbürger dienen, versteht sich indes keineswegs von selbst.

Von einzelnen Mitgliedstaaten wird solchen Plänen gegenüber der (vage) Begriff der nationalen Identität in Stellung gebracht. Daher wird die Europäische Kommission stärker auf die nationalen Befindlichkeiten eingehen müssen, als dies in den ersten Jahrzehnten der europäischen Integration erforderlich war. In den acht Ländern der Europäischen Union, die nicht der Eurozone angehören, ist das Meinungsbild in der Bevölkerung hinsichtlich einer Übernahme des Euro als Währung eher uneinheitlich. Die gegenwärtigen Regierungen in Polen und Ungarn lehnen eine Einführung des Euro ab. Auch die Haltung Schwedens sowie Dänemarks zeigt, dass die Verbesserung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit und die angestrebte Konvergenz Europas keine ausreichenden Anreize bilden, um die Skepsis der Bevölkerung gegenüber dem befürchteten europäischen „Superstaat“ zu überwinden. Ungeachtet dieser von einzelnen Mitgliedsstaaten bezogenen Positionen ist festzustellen, dass durch den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Union und des daraus folgenden Wegfalls seiner Bevölkerung aus der Berechnung der doppelten qualifizierten Mehrheit sich der Bevölkerungsanteil der Eurozonen-Mitglieder im Rat erhöhen wird. Die 19 Staaten der Eurozone (Euro-19) werden in diesem Organ nach dem „Brexit“ 70,4 Prozent der Mitgliedstaaten und 76,5 Prozent der Unionsbevölkerung repräsentieren. Sie erhalten damit innerhalb der Union ein größeres Gewicht.

Erst recht stellt sich die Frage, wie eine stärkere Vergemeinschaftung der europäischen Wirtschaftspolitik zu bewerten ist, wenn dies über eine bloße Koordinierungsrolle der Union hinsichtlich der nationalen Wirtschaftspolitiken hinausgeht und zumindest das Regelwerk in Unionsrecht überführt wird, das im „Vertrag über Stabilität,

Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion“ („Fiskalvertrag“) völkerrechtlich vereinbart wurde. Eine stärkere rechtliche Kontrolle des Europäischen Gerichtshofs hinsichtlich der Einhaltung der nationalen Haushaltsverpflichtungen wäre anlässlich einer solchen „Repatriierung“ des Fiskalpaktes (B. de Witte) geboten. Mit jeder weiteren Integration der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten gemäß der Gemeinschaftsmethode sind jedoch tiefgreifende Einschnitte in die Haushaltsautonomie der nationalen Parlamente verbunden. Gleichwohl erscheinen Schritte geboten, der Union die Zuständigkeit für die *rechtsverbindliche* – mithin nicht nur empfehlende – Festlegung der Grundzüge einer (dann) „europäischen Wirtschaftspolitik“ zu übertragen, um so die Krisenanfälligkeit des Euros als einer unvollkommenen Währung zu vermindern. Die Eskapaden der italienischen Regierung unter Ministerpräsident G. Conte anlässlich der Haushaltsplanung für das Jahr 2019 haben abermals deutlich gemacht, wie sehr einzelne Mitgliedstaaten in populistischer Absicht dazu neigen, eine Überschuldung des nationalen Haushalts zwecks Finanzierung bloßer Konsumausgaben – anstatt von Investitionsausgaben – in Kauf zu nehmen.

4. Das Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten als Chance begreifen

Die Europäische Union wird insgesamt nur dann fortschreiten können, wenn einige Mitgliedstaaten als Pioniere voranschreiten und eine Vertiefung der Union in Politiken unternehmen, die in den Kompetenzbereich der Union fallen. Der Aachener Vertrag, durch den im Januar 2019 der Élysée-Vertrag von 1963 auf eine neue Stufe gehoben wurde, aber auch das am 20. März 2019 vom Bundestag ratifizierte Deutsch-Französische Parlamentsabkommen sind insoweit wichtige Schritte. Die Ratifikation des Vertragsgesetzes zur Gründung einer „Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung“ ist deshalb von so großer Bedeutung, weil diese binationale „Kammer“ dazu beiträgt, Maßnahmen im Rahmen der europäischen Integration durch eine transnationale Kooperation zwischen den beiden Gründerstaaten demokratisch ergänzend zu legitimieren. Das Europäische Parlament verfügt trotz der seit 1993 nachzuverfolgenden Stärkung seiner Stellung im Gesetzgebungsverfahren der Union nicht über ausreichende Handlungs- und Legitimationsbefugnisse, um *selbst-ständig* eine weitergehende Integration etwa der Außen-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik sowie der Wirtschafts- und Währungspolitik der Union demokratisch abstützen zu können.

Könnten sich die Mitgliedstaaten – in allerdings nicht absehbarer Zeit – dazu entschließen, die Zuständigkeiten der Union in Form des Erlasses verbindlicher Grundzüge einer „europäischen Wirtschaftspolitik“ zu stärken, so könnte dies zur Schonung der Haushaltsautonomie der nationalen Parlamente kein Monopol des Europäischen Parlaments zur unmittelbaren demokratischen Legitimation dieser Politik begründen. Vielmehr sollte sich das Europäische Parlament diese Aufgabe mit den nationalen Parlamenten teilen. Wo angesichts der begrenzten Kompetenzausstattung der Unionsorgane nicht supranational, sondern nur intergouvernemental, also zwischenstaatlich gehandelt werden kann, steht ehemals die europäische Rolle der nationalen Parlamente im Vordergrund. Ein zentrales Anliegen der verstärkten Zusammenarbeit einzelner Pionierstaaten muss es stets sein, dass solche Kooperationen für alle anderen Mitgliedstaaten offenstehen.

5. Eine Union bauen, die Bürgernähe durch Handlungsfähigkeit beweist

Nach dem Willen der noch amtierenden Europäischen Kommission soll bis 2025 eine „stärkere, enger vereinte und demokratischere Union“ entstehen. Einen geeigneten Rahmen, um die Herausforderungen der nächsten Dekade mittelfristig durch Maßnahmen der Union zu meistern, bietet ein integrationspolitisches Konzept, das von drei Grundsätzen geleitet ist:

1. *Weniger ist mehr – oder: weniger, aber effizienter. Die Union muss sich auf die zentralen politischen Herausforderungen und Belange der Mitgliedstaaten gemäß ihren Zuständigkeiten konzentrieren und das europäische Gemeinwohl – namentlich bei der Umsetzung hoher menschenrechtlicher und ökologischer Standards – bürgernah gestalten. Zugleich muss sie auch durch eine gerechte Handelspolitik Verantwortung für die Entwicklungschancen der wirtschaftlich schwächeren Staaten des globalen Südens übernehmen.*
2. *Einzelne Mitgliedstaaten, die zur Verwirklichung der Ziele der Union mehr tun wollen, sollen mehr tun und dabei ihre pionierhafte Zusammenarbeit für andere Mitgliedstaaten stets offenhalten, um eine „Ungleichzeitigkeit“ von Integrationsmaßnahmen zunehmend in „Gleichzeitigkeit“ zu überführen. Als Instrument der Stärkung der europäischen Integration sollte eine solche „verstärkte Zusammenarbeit“ zukünftig nicht nur als „letztes Mittel“ erlaubt sein. Als Folge dieser Entgrenzung kann das hemmende politische Ermessen des Rates in der*

Frage, ob die Ziele des Vertrages ohne eine solche Vorreiterrolle einzelner Staaten nicht „in einem vertretbaren Zeitraum“ verwirklicht werden können, überwunden werden.

3. *Für bestimmte Bereiche der Europapolitik gilt: Es ist „viel mehr gemeinsames Handeln“ geboten. Dies ist in der – oftmals nur scheinbar – „Gemeinsamen“ Außen- und Sicherheitspolitik der Union, aber auch angesichts ihres schwachen Einflusses auf die Wirtschafts- und Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten offenkundig. Mehr tun kann die Union auf diesen beiden Gebieten aber nur dann, wenn sie auf einem breiten demokratischen Konsens agiert. Das Instrument, um über integrationspolitische Maßnahmen zu entscheiden, kann nicht in erster Linie das Referendum auf nationaler oder europäischer Ebene sein. Vielmehr muss es darum gehen, die Bürgerinnen und Bürger am Ort ihres Lebensmittelpunktes in einen kontinuierlichen kollektiven „Dialog“ – auch jenseits von „Europakonferenzen“ und „Bürgerpanels“ – einzubinden und sie so am demokratischen Leben der Union teilhaben zu lassen.*

* * *

Wohin trägt uns der Stier? – Vier Markierungen für seinen Weg

Impulsvortrag zur Podiumsdiskussion von Oliver Dreute,

Seit zehn Jahren begegnet Europa dem Bürger meist in Form einer Krise: Eurokrise und Staatsfinanzen, Migration, Rechtspopulismus, Brexit. Das zeigt jedem, dass es Veränderungsbedarf in der EU gibt. Dabei geht es nicht etwa pauschal um „mehr Europa“ gegen „weniger Europa“, sondern es geht um eine funktionsfähige EU, die dort die gewünschten Politikergebnisse erbringt, wo es ihre Bürger zu Recht erwarten.



Und zwar nicht nur erwarten, weil die Politik Erwartungen hervorgerufen hat, sondern in Bereichen, in denen jeder Bürger fundamentale Erwartungen an ein Gemeinwesen stellt: Sicherheit im Inneren, Schutz nach Außen und Sicherung der wirtschaftlichen Zukunft.

Veränderung setzt aber Einsicht und Bereitschaft zur Veränderung voraus. Beides ist bislang sehr gering ausgeprägt. Dies beruht auch darauf, dass mögliche Reformwünsche kaum über Schlagworte hinaus („näher am Bürger“, „mehr Subsidiarität“, „mehr Solidarität“, „keine Schuldengemeinschaft“ etc.) hinaus präzisiert werden.

Leider werden von fast allen europäischen Mitgliedsstaaten nationale Interessen inzwischen weitgehend ohne Rücksicht auf das gemeinsame europäische Interesse formuliert. Der Mehrwert der europäischen In-

tegration wird als Selbstverständlichkeit hingenommen. Kaum jemand rafft sich zu dessen Verteidigung auf.

Europa als Garantie für die wirtschaftliche Zukunft

Eines der Hauptziele Europas seit der Gründung 1958 ist die Schaffung eines Gemeinsamen Marktes, in einem ersten Schritt für die damals kriegswichtigen Industriezweige Kohle und Stahl, kurz darauf für die gesamte Wirtschaft. Diese Verflechtung der Wirtschaft sollte der Friedenssicherung dienen. Gleichzeitig wurde mit der Zusammenlegung der damals wichtigsten Industriezweige die Grundlage für den wirtschaftlichen Aufschwung der damals sechs Mitgliedstaaten gelegt. Mit dem Binnenmarkt 1992 schuf die EU dann die Voraussetzungen, um der Mitte der 1990-er Jahre einsetzenden Globalisierung gewachsen zu sein.

Heute befindet sich Europa in einem globalen Spannungsfeld zwischen den anderen wirtschaftlichen Riesen USA und China und muss seinen neuen Platz finden. Technologischer Fortschritt bei Digitalisierung, bei künstlicher Intelligenz und in vielen anderen Bereichen finden derzeit dort statt und nur in geringerem Maße in Europa. Europa ist nicht weniger leistungsfähig geworden, nur sind andere besser geworden. Innovation in der Wirtschaft ist der einzige Weg, wie Wohlstand und Beschäftigung in Europa bewahrt werden können.

Das erfordert allerdings, dass sich vieles ändert. Dass Forschung finanziell unterstützt wird, dass deren Ergebnisse ihren Weg in industrielle Produktion und neugegründete Unternehmen das erforderliche Risikokapital finden, um innovative Produkte und Dienstleistungen zu herzustellen und zu vertreiben.

Das erfordert auch einen endgültigen Abbau von Hemmnissen im Binnenmarkt. Man kann nicht beklagen, dass es keine europäischen Unternehmen gibt, die in neuen Technologien oder im Internet Weltmarktführer sind, wenn sie keinen einheitlichen Verbrauchermarkt in Europa als Grundlage dafür haben. Und es erfordert eine konsequente Industriepolitik, die Europas industrielle Grundlage fördert und ihre Chancen auf dem Weltmarkt sichert. Und schließlich bedarf es einer kohärenten und langfristig orientierten Umweltpolitik, ohne die eine Sicherung der wirtschaftlichen Grundlagen nicht funktionieren wird.

Europa als Garantie für die Innere Sicherheit

Europa ist ein Raum der offenen Grenzen. Es ist durch die vier Freiheiten, der Waren, der Dienstleistungen, des Kapitals und der Arbeitnehmer, als solcher gedacht und umgesetzt. Für die europäische Wirtschaft ist es unerlässlich, dass keine Kontrollen innerhalb der EU stattfinden.

Dennoch erwarten die Europäer zurecht, dass sie in einem sicheren Europa leben. Hierfür ist in den vergangenen Jahren sehr viel geleistet worden. Seit den ersten terroristischen Anschlägen hat die Zusammenarbeit zwischen den Polizei- und Sicherheitsbehörden große Fortschritte gemacht. Diese müssen weiter verstärkt werden und durch eine effektive gemeinsame Sicherung der EU-Außengrenzen ergänzt werden. Der Schutz der Außengrenzen ist heute keine Angelegenheit des Mitgliedstaats mehr, auf dessen Territorium sie liegen. Der Schutz der Außengrenzen ist eine gemeinsame Aufgabe Europas, die die EU und die Mitgliedstaaten für alle Bürger bestmöglich erfüllen müssen.

Europa als Garantie für äußere Sicherheit und internationale Bedeutung

Heute ist Europa für wenige Staaten mittels Langstreckenraketen erreichbar. In wenigen Jahren wird sich diese Lage gravierend verändert haben. Die EU muss sich darüber einig werden, wie sie diese Sicherheitslage einschätzt und was ihre Strategie sein soll, um ihre Bürger gegen mögliche äußere Bedrohungen zu schützen. Die Gründung eines europäischen Verteidigungsfonds im vergangenen Jahr ist ein erster Schritt zur Rationalisierung von Verteidigungsforschung und –beschaffung. Bis zur Erreichung einer tatsächlichen Sicherheitsgarantie wäre es vielmehr erforderlich, dass die Europäer mit einer gemeinsamen Sprache sprechen und auch bereit wären, im Bereich der Außenpolitik Mehrheitsentscheidungen innerhalb der EU zu akzep-

tieren, so wie es im Bereich der internationalen Handelspolitik der EU schon lange der Fall ist.

Europa als Garantie für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

Die EU ist eine Wertegemeinschaft: Sie gewährleistet Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und zieht damit Lehren aus den Diktaturen des 20. Jahrhunderts. Daran anknüpfend baut die europäische Integration seit ihren Anfängen auf dem Recht auf. Aber in den letzten Jahren ergeben sich in diesem Bereich immer neue Schwierigkeiten. Im Ergebnis reibt sich eine durch Erweiterungen, durch wirtschaftliche Krisen und gesellschaftliche Entwicklungen immer heterogener gewordene EU an der politischen Herausforderung, in vielen innenpolitisch höchst sensiblen Bereichen, Sicherheit, Migration, Folgen des demographischen Wandels nur noch gemeinsam handeln zu können.

Manche meinen, dass es einfacher sei, diese Fragen mit den bewährten Methoden der Vergangenheit auf kleinstaatlicher Grundlage anzugehen. Das wird aber nicht funktionieren. Umfang und Tragweite dieser Herausforderungen übersteigen bei weitem das, was ein Land von der Größe der EU-Mitgliedstaaten noch leisten kann.

Für die EU heißt das, dass die Gewährleistung von demokratischen Prozessen, einschließlich der Wahrung der Rechte von politischen Minderheiten, und die Unabhängigkeit von Gerichten, der Schutz der freien Meinungsäußerung und der freien Presse, der Kampf gegen fake news, ebenso wichtig ist, wie wirtschaftlicher Erfolg, wie innere und äußere Sicherheit. Erst alle vier Elemente zusammen erlauben allen Europäern auch in der Zukunft ihr Leben so zu gestalten, wie sie es sich vorstellen. Sicher und in Freiheit.

Ein guter Weg für Europa

Europas Bürger wollen nicht nur wissen, wohin sich die Europäische Union entwickelt, sie wollen selbst mitentscheiden, wie und wohin sich dieses Europa entwickelt. Es geht also beim Weg der „Europa auf dem Stier“ nicht um „mehr Europa“ gegen „weniger Europa“, sondern um ein besser funktionierendes Europa, das erfüllen kann und erfüllen will, was seine Bürger von ihm zurecht erwarten. Der Stier, der Europa trägt, muss diese vier Wegmarkierungen passieren, damit er Europa in eine gute Zukunft trägt.

* * *